

AUNS *Klartext*

JETZT ERST RECHT!



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

JANUAR 2008

121.

AUSGABE

ÜBER 46 000 MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN

LESERBRIEFE / MITTEILUNGEN

WER SICH VON DER NORM ABHEBT ...

Wer sich in der Schweizer Politik im Interesse des Landes von der «Norm» abhebt und Wege gehen will, die zwar vorerst unbequem sind, aber letztlich zu einem positiven Ausgang führen, hat schon verloren! Mittelmass ist in allen Bereichen von Gesellschaft und Kultur Trumpf – wieso nicht auch in der Politik? Bundesrat Blocher hat sich anlässlich seiner Pressekonferenz vom 28. Dezember 2007 nicht selbst gelobt – wie dies verschiedene Instanzen zu sehen glauben –, sondern sachlich festgehalten, was in seiner Amtszeit von vier Jahren in seinem Departement, im Bundesrat und in Abstimmungen erreicht worden ist. Das darf er mit ruhigem Gewissen tun, nachdem man ihn auf hinterhältige Weise abgewählt hat.

Kurt Gisi, Lenzburg

AMTSÜBERNAHME IM BUNDESRAT

Dass die neue Bundesrätin Widmer-Schlumpf bereits ab Januar 2008 die Geschäfte übernommen hat, ist doch erstaunlich für eine Person, die angeblich noch bis zwei Tage vor der Wahl keine Ahnung davon hatte, für den Bundesrat vorgeschlagen zu werden. Dazu gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder hat sie bezüglich ihrer Information schlicht gelogen und war seit Monaten mit der Vorbereitung beschäftigt, oder ihre Funktion in Chur war derart bedeutungslos, dass ein Wechsel nach Bern problemlos erfolgen konnte. Beides ist keine Referenz für ein Mitglied der Landesregierung.

Hans Egger, Worb

DIE AUNS ALS POLITISCHE HEIMAT

Viele Bündner SVP-Mitglieder und weitere bürgerliche Wähler tun sich schwer mit der neuen Situation: Einerseits hat man nun eine «eigene» Bundesrätin, was eigentlich Grund zur Freude wäre. Andererseits hat sich Frau Widmer-Schlumpf auf Antrag eines Kommunisten vorab von links-grünen Kreisen ausgerechnet gegen Christoph

Blocher aufstellen und ins Amt wählen lassen. Und dies gegen den Willen der SVP Schweiz und der geschlossenen SVP-Bundeshausfraktion. Die neue Bundesrätin ist deshalb nicht Mitglied der SVP-Fraktion. Sie ist (in Anlehnung an den seinerzeitigen englischen König «Johann ohne Land») eine «Eveline ohne Land», die zudem auch die Erwartungen der links-grünen Parlamentarier erfüllen muss, welche sie gewählt haben. Auch viele Bündner und weitere CVP-Mitglieder verstehen nicht, warum ihre Vertreter in Bern den fähigsten Bundesrat abgewählt haben – und dies erst noch auf eine schmutzige, hinterhältige Art.

Wenn in den Medien behauptet wird, die SVP habe ja nun eine solide Vertreterin ihrer Politik, so ist das falsch. In Interviews hat die neue Bundesrätin klargemacht, dass sie in vielen zentralen Bereichen eine gegenteilige Haltung vertritt: Sie ist gegen die Einbürgerungs- und die Ausschaffungsinitiative der SVP und sie will höhere Mehrwertsteuern für die IV sowie mehr staatliche Unterstützung für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Die Liste lässt sich problemlos weiterführen.

Die Präsidentin der Bündner SVP hat dargelegt, dass ihre Kantonalpartei weiterhin eine «offene, liberale» Politik (im Sinn der neuen Bundesrätin) verfolgen will. Grosse Teile der Parteibasis dürften damit kaum einverstanden sein. Darum mein Angebot: Wer ohne Wenn und Aber einsteht für eine eigenständige, unabhängige, sichere Schweiz, die der EU nicht beitrifft, findet in der überparteilichen AUNS gerne Aufnahme. Auch andere Bürgerliche sind bei uns willkommen.

Elvira Hengeveld, AUNS-Stützpunktleiterin GR, Zizers

Senden Sie Ihre Leserbriefe («abgedruckte und abgewiesene») zu den Themen Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, AUNS, Armee, EU an folgende Adresse: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31 oder leserbriefe@auns.ch

ZUM GEDENKEN

Am 14. Dezember 2007 wurde **Walter Junker** aus Bettwiesen TG, verstorben im 71. Lebensjahr, in Affeltrangen zu Grabe getragen. Der Verstorbene hat sich in den vergangenen Jahren als AUNS-Verantwortlicher im Kanton Thurgau mit aller Kraft für die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Sicherheit unseres Landes eingesetzt. Er hat mit grossem Einsatz Informationsmaterial verteilt, Plakate aufgehängt, Strassenaktionen und Veranstaltungen durchgeführt und viele Mitglieder geworben. Ebenso hat er sich mit grosser Hingabe für die Jugendförderung im Motocross-Sport eingesetzt, und als grosser Tier- und Naturfreund hat er sogar ein Kinderbüchlein über das Leben der Wildschweine verfasst.

Wir vermissen den lebensfrohen und stets hilfsbereiten Kämpfer und Patrioten Walter Junker und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

CHRISTOPH BLOCHER

DER ABGEWÄHLTE BUNDESRAT WAR ZU GUT

Die AUNS, die SVP und die ganze Schweiz haben Christoph Blocher ausserordentlich viel zu verdanken. Es ist weitgehend sein Verdienst, dass die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist!

Christoph Blocher hat 1992 als AUNS-Präsident den fast aussichtslos scheinenden Kampf gegen den EWR-Kolonialvertrag – das «Trainingslager» zum EU-Beitritt – angeführt. Und er hat bis zur Erschöpfung gekämpft – gegen die classe politique, gegen die so genannte Elite, gegen Bundesrat und Parlament, gegen Professoren und Diplomaten, gegen die andern Parteien, die Wirtschaftsverbände und die nahezu vereinten Medien. Und er hat gewonnen – zum Wohl unseres Landes.

Dass Christoph Blocher im Dezember 2003 zum Bundesrat gewählt wurde, war eigentlich ein Wunder und nur erklärbar mit der «Hoffnung» seiner Gegner: den Unbequemten, der die Missstände beim Namen nennt und kraftvoll und erfolgreich für Verbesserungen kämpft, in den Bundesrat einbinden und ihn so zum Schweigen bringen. Weit gefehlt! Bundesrat Blocher hat seine politische Überzeugung in den Bundesrat hineingetragen, wie es der Konkordanz entspricht. Anstelle von süsslicher, verlogener Harmonie wurde im Bundesrat hart diskutiert und es wurde um bessere Lösungen gerungen – und das mit Erfolg. John Dupraz, bis vor kurzem FDP-Nationalrat aus Genf, hat es auf den Punkt gebracht: «Wir wollten Blocher ins 'Gefängnis' stecken und ihn so zum Schweigen bringen. Nach sechs Monaten war er bereits Gefängnisdirektor.»

Die Gegner von Christoph Blochers erfolgreicher Politik für die Werte und Besonderheiten unseres Landes – für Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit und Wohlstand – mussten einsehen, dass Bundesrat Blocher



nicht zum Schweigen zu bringen war. Sie haben deshalb alles unternommen, um ihn zu diskreditieren und zum Rücktritt zu zwingen – von lächerlichen Stildiskussionen bis zum Komplott unter Federführung der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission und unter Einbezug der Bundesanwaltschaft. Wegen angeblicher Unrechtmässigkeiten sollte er zum Rücktritt gezwungen werden. Die massi-

ven Vorwürfe und Unterstellungen haben sich jedoch im Nichts aufgelöst und das Dreckspiel – massgeblich von Exponenten der CVP mitinszeniert – wurde enthüllt. Dennoch fand die Koalition der Wahlverlierer eine charakterschwache Gegenkandidatin – ausgerechnet aus dem Kanton Graubünden, der Blocher Tausende von Arbeitsplätzen verdankt – die sich aus eigenartigen Motiven heraus für dieses unwürdige Spiel einspannen liess.

Wir danken Christoph Blocher für die grossartige Arbeit, die er bisher für unser Land geleistet hat und weiterhin, insbesondere als Stratege der Oppositionspolitik, auch in Zukunft leisten wird.

CHRISTOPH BLOCHER BEI DER AUNS

Wir freuen uns, dass der «abgewählte Bundesrat» Christoph Blocher (in Anbetracht der «Argumente» und der Geisteshaltung der Abwähler ein überaus ehrenvoller Titel) an der AUNS-Mitgliederversammlung vom **Samstag, 26. April 2008** im Berner «National» zu uns sprechen wird. Wir heissen ihn schon heute ganz herzlich willkommen.

SPENDENAUFRAF

ZUGUNSTEN DER VOLKSINITIATIVE «FÜR DIE STÄRKUNG DER VOLKSRECHTE IN DER AUSSENPOLITIK»

Am 15. März 2008 starten wir die Unterschriftensammlung zugunsten der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik». Wichtige aussenpolitische Weichenstellungen und Verträge müssen künftig die doppelte Mehrheit von Volk und Ständen erreichen.

Mit dieser Initiative stoppen wir den schleichenden EU- und NATO-Beitritt und den Brüsseler Angriff auf unsere Steuerhoheit und auf unsere Unabhängigkeit.

Wir bitten Sie um eine grosszügige Aufrundung des Jahresbeitrages 2008 mit dem beigelegten Einzahlungsschein. Besten Dank!

AUNS Klartext

Nr. 121 Januar 2008



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

INHALT

LESERBRIEFE	2
CHRISTOPH BLOCHER	3
SPALTE DES PRÄSIDENTEN	4
JAHRESBEITRÄGE 2008	4
NEUTRALITÄT	5
SCHEIBENWISCHER	7
ARMEE	7
EU-FOKUS	7
STANDORT CH	7
HELVETIA	8
SCHLUSSPUNKT	8

Titelseite:

Foto Keystone

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,
Postkonto: 30-10011-5

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.

Die Ziele der AUNS (Art. 2 der Statuten):

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die Statuten der AUNS sind auf www.auns.ch abrufbar.

SPALTE DES PRÄSIDENTEN

Die Pharisäer lassen grüssen



Als am 3. März 2002 das Stimmvolk den UNO-Beitritt bejahte, wurde in der Abstimmungsbroschüre von 43 Millionen Dollar zusätzlichen Kosten gesprochen. Mit dem aktuellen Wechselkurs wären das knapp 47 Millionen Franken. Im Voranschlag 2008 des Bundes sind aber zusätzliche Kosten von über 124 Millionen

Franken eingestellt. Mehr als doppelt so viel innerhalb von acht Jahren? Ist das nun Planung oder das Volk ver-gaukelt? Oder gar geplante Gaukelei? Nicht besser ist es bei den 1000 Millionen Franken an die neuen EU-Oststaaten. Dem Volk wurde am 26. November 2006 erklärt, die Schweiz hätte in den letzten 17 Jahren die osteuropäischen Staaten mit durchschnittlich 200 Millionen Franken pro Jahr unterstützt. Und die Finanzierung des Milliardenkredites an die zehn neuen EU-Staaten erfolge unter anderem durch 60 Millionen Franken Einsparungen pro Jahr bei der traditionellen Osthilfe. Wer rechnet kommt bald drauf: Heute dürften maximal 140 Millionen Franken pro Jahr für die ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und der früheren Sowjetunion ausgegeben werden. Im Voranschlag 2008 sind aber knapp 162 Millionen Franken eingestellt. Nach nur einem Jahr nach der Volksabstimmung: 16% mehr! Und das Parlament wird demnächst weitere Ausgaben für Rumänien und Bulgarien beschliessen.

Und zum Schluss: Obwohl die SVP am 21. Oktober 2007 mit 29% Wähleranteil einen historischen Wahlerfolg erzielte, wurde Christoph Blocher aus dem Bundesrat geworfen. Wählerwille hin oder her: Wer Missstände aufdeckt und die Freiheit der nachfolgenden Generationen ebenso schätzt wie die eigene Freiheit, passt offensichtlich nicht in den konservativ christlichen Bundesrat. Schein ist wichtiger als Sein. Die Pharisäer lassen grüssen. Nationalrat Pirmin Schwander

JAHRESBEITRÄGE 2008

Die Mitgliederversammlung vom 28. April 2007 hat beschlossen, die Jahresbeiträge für 2008 unverändert zu belassen:

Mitglied: 35 Franken
Ehepaar: 50 Franken
Gönner: 100 Franken
Sympathisant: nach freiem Ermessen.

Die Abwahl von Christoph Blocher als Bundesrat und die bevorstehende Lancierung der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik» fordern unseren vollen Einsatz. Deshalb sind wir ganz besonders auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen und bitten Sie, den Jahresbeitrag aufzurunden (Einzahlungsschein liegt bei).

Wir zählen auch im Jahr 2008 auf Sie und danken für Ihre Unterstützung.

NEUTRALITÄT

SCHWARZBUCH AUF DEM NEUESTEN STAND

Wir haben das Schwarzbuch zur schweizerischen Neutralität auf den neuesten Stand gebracht.

Fazit: Der Scherbenhaufen der Calmy Rey'schen (und der Schmid'schen) «aktiven Neutralität» wächst und wächst. Drei Beispiele:

1. SCHWEIZ IN ANNAPOLIS UNERWÜNSCHT

Zur kürzlichen Nahost-Konferenz in Annapolis (USA) ist die Schweiz – im Gegensatz zu anderen neutralen Staaten – von den USA nicht eingeladen worden, obwohl eine Einladung eigentlich selbstverständlich hätte sein müssen.

«Teilt der Bundesrat die Meinung, dass dies auf die Verstimmung im State Departement über das neutralitätswidrige Vorpreschen von Bundesrätin Calmy-Rey – insbesondere in der Iran-Atomwaffenfrage, in der Nahost- und in der Kosovofrage sowie bezüglich Guantànamo – zurückzuführen ist? Die über Frau Calmy-Rey verärgerte US-Aussenministerin hat bekanntlich geäussert, sie möchte 'diese Frau nie mehr sehen'». (Frage von NR Hans Fehr, Fragestunde vom 10.12.2007)

PS: Frau Calmy-Rey ist bei ihrer Nicht-Antwort wie üblich ausgewichen und hat etwas von «allseits geschätzten Bemühungen» der Schweiz gefaselt.

2. NEUTRALITÄTSWIDRIGE IRAN-POLITIK

Israels Botschafter in Bern, Ilan Elgar, hat an der Haltung der Schweiz (sprich Frau Calmy-Rey) im Atomstreit des Westens mit dem Iran scharfe Kritik geübt. Von einer «aktiven» Neutralität hält er wenig. Der Iran sei das gefährlichste Land im Nahen Osten. «Da sollte man nicht hingehen und sich einschalten», so der Botschafter. Die Schweiz habe sich zudem einseitig geäussert, etwa beim

Libanon-Konflikt. «Neutralität bedeutet für mich aber, dass ein Land nicht einseitig Stellung bezieht.» Zudem habe Israel stark irritiert, dass die Schweiz sowohl die Hamas als auch die Hizbollah als Gesprächspartner akzeptiert habe. Beide Organisationen wollten Israel zerstören und die Abkommen der Palästinenser mit Israel nicht akzeptieren. «Solange dies so ist, kann man nicht mit ihnen reden.» Daran hielten sich sowohl die USA als auch die EU. «Dass die Schweiz hier ausschert, schwächt die Position der internationalen Gemeinschaft.» [tagesanzeiger.ch, 9.12.2007]

3. SCHWEIZER BERATER FÜR KAMPFEINSATZ?

In ihrem Schwarzbuch hat die AUNS erstmals berichtet, Pilatus-Flugzeuge, über welche die tschadische Luftwaffe verfügt und die für den Einsatz von Kanonen und Raketen ausgerüstet sind, würden auch gegen die Rebellen in den Ostprovinzen des Tschad eingesetzt. Und weiter: «Für die Ausbildung der tschadischen Piloten sind dort zwei Schweizer Piloten stationiert, die eine Mütze mit der Aufschrift ‚Swiss Air Force‘ tragen. Gemäss den Aussagen des tschadischen Generalstabs stehen diese Piloten sowohl für die Ausbildung als auch für die Beratung bei Kampfeinsätzen zur Verfügung.» Im VBS wurde dieser krasse Neutralitätsverstoss als «Falschmeldung» in Abrede gestellt.

Laut Agence France Presse vom 8.1.2008 hat die tschadische Luftwaffe unter Beteiligung eines Pilatus-Flugzeuges erneut angebliche Rebellenlager in der westsudanesischen Krisenregion Darfur angegriffen.

Auf Druck der AUNS untersucht nun das EDA zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) den Fall.

«SCHWEIZ VERLIERT AN EINFLUSS IN DER UNO»

AUSZÜGE AUS EINEM ARTIKEL AUF WWW.SWISSINFO.CH

Fünf Jahre nach ihrem Beitritt hat die Schweiz Mühe, sich bei der UNO Gehör zu verschaffen. (...)

KEIN SCHWEIZER AUF CHEFPOSTEN

Die geringere Präsenz der Schweiz widerspiegelt sich in den UNO-Organisationen, wo keine einzige mehr von einem Schweizer geführt wird. (...)

BESCHIEDENE ERNTE

Auch bei internationalen Konferenzen hat die Schweiz kaum gepunktet. Die Tatsache, dass Calmy-Rey als Aussenministerin

dieses Jahr auch Bundespräsidentin war, hat der Schweiz nicht geholfen. Bern konnte keine einzige Konferenz an Land ziehen, während Paris mit der Libanon-, Darfur- und der Geberkonferenz für die Palästinenser gleich drei organisierte. Die Verhandlungen zum Kosovo unter UNO-Vermittler Martti Ahtisaari wurden in der Nähe von Wien durchgeführt und nicht in Genf. (...)

An die Nahost-Konferenz in Annapolis wurde die Schweiz im November dieses Jahres nicht einmal eingeladen, obwohl sie als Depositärstaat der Genfer Konventionen in dem Konflikt eine wichtige Rolle zu spielen hätte. Auch bei den Vermittlungsbemühen im Atomstreit mit dem Iran scheint die Schweiz nicht überzeugt zu haben. Und ihre Ideen zur

Reform des UNO-Sicherheitsrats in New York sind kaum vom Fleck gekommen. (...) Im Gegenzug haben zahlreiche andere Akteure auf der internationalen Bühne an Einfluss gewonnen, darunter auch Entwicklungsländer.

[swissinfo* und Blaise Lempen, 28.12.2007]

*swissinfo ist eine Unternehmenseinheit der SRG SSR idée suisse (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft). Sie hat die Aufgabe, im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer über die Ereignisse in ihrem Heimatland zu informieren.

AUNS-Standpunkt:

Kein Wunder, wenn unsere Neutralität durch die stete Einmischung unserer Aussenministerin in fremde Konflikte zu Schanden geritten wird – zum Schaden der Schweiz und unserer diplomatischen und humanitären Möglichkeiten.

SWISSCOY-EINSATZ WIRD KRIEGERISCHER

Der Bundesrat hat beschlossen, an der Beteiligung an der «multinationalen Kosovo Force (KFOR)» festzuhalten. Die Swisscoy-Truppe soll auch im Fall einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch den Kosovo vor Ort verbleiben.

Für diesen Fall sieht der Bundesrat erstaunlicherweise keine neutralitätspolitischen Probleme mit Serbien und Russland – selbst dann, wenn es zu ernsthaften Spannungen kommen sollte. Denn man sei nur dem Willen der «Staatengemeinschaft» – sprich der UNO – verpflichtet.

Bundesbern rechnet aber mit «politischen Umwälzungen», welche die «Sicherheitslage negativ beeinflussen» könnten. Deshalb erhält der Chef VBS die Kompetenz, das Swisscoy-Kontingent von heute 220 um 50 Personen zu erhöhen. Gemäss Botschaft kostet die Swisscoy-Übung im laufenden Jahr 37 500 000 Franken, für den Zeitraum 2009 bis 2011 jährlich 39 400 000 Franken! (Eine Vollkostenrechnung ergibt einen jährlichen Aufwand von über 50 Mio. Franken.)

Der Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, die Schweizer Armeeangehörigen würden Schulhäuser, Brücken, Wassereinrichtungen aufbauen. Photos mit Schweizer Soldaten und Kindern sollen den humanitären Charakter unterstreichen.

Die bundesrätliche Botschaft betont aber, «dass das **Schwergewicht der Swisscoy-Leistungen heute im Bereich der Sicherheit liegt und von der Infanterie erbracht wird**». Und die Swisscoy sei «als Teil der taktischen KFOR-Reserve im gesamten Einsatzraum der KFOR» einsetzbar.

In Tat und Wahrheit befinden wir uns also bereits im Übergang von «friedenserhaltenden» (paece-keeping) zu «friedenserzwingenden» (paece enforcement) Aktionen. Diese Grauzone wird endgültig zur neutralitätspolitischen Farce, wenn der Kosovo einseitig die Unabhängigkeit erklären wird. Unser Land würde auch gegenüber der UNO-Vetomacht Russland nicht mehr als Neutraler dastehen, da man einerseits klar Partei für den Kosovo bzw. gegen Serbien bezieht und andererseits als aussenpolitischer Trittbrettfahrer der EU gelten wird. Der Armeeinsatz im Kosovo ist nicht nur zu teuer (das Geld könnte wirksamer zugunsten der Bevölkerung ein-



**Schweizer Söhne
für fremde Händel opfern?**

gesetzt werden), sondern ist mit der schweizerischen Neutralität nicht vereinbar. Das bundesrätliche Versprechen anlässlich der Volksabstimmung über Auslandeinsätze von 2001, wonach nur friedenserhaltende Einsätze in Frage kämen, ist Schnee von gestern. Der Swisscoy-Einsatz missachtet den Volkswillen.

Die AUNS prüft deshalb eine Volksinitiative gegen die «Eiterbeule» der Auslandeinsätze.

SCHWEIBENWISCHER

«SPARRINGSPARTNER» STATT VERANTWORTLICHE



Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, neue Vorsteherin im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und daselbst Nachfolgerin von Christoph Blocher, hat bereits einige Tage nach ihrer Wahl einen «neuen Stil» angekündigt: «Während sich das EJPD-Personal unter Blocher an **Aufträge** gewöhnen musste, pflegt die Bündnerin einen andern Umgang. Sie sieht ihre Mitarbeiter als «**Sparringspartner, die durch an-**

geregte Diskussionen sie selber in Form halten sollen», schreibt die Mittelland-Zeitung vom 19.12.2007.

Eine Frage: Ist es bereits eine Auswirkung des «neuen Stils» im EJPD, dass diverse Kantone bei der Umsetzung des verschärften Asylgesetzes (im September 2006 von 70 % der Stimmbürger gutgeheissen) sich sehr viel Zeit lassen und – gemäss «Blick» vom 9.1.2008 – eine «weiche Linie fahren»?

ARMEE: CHAOS OHNE ENDE IM VBS

- Wir sind uns ja nun schon einiges an «Kuriositäten» aus dem Verteidigungsdepartement gewöhnt. Neueste Nummer der VBS-Hits ist der neue Wachbefehl. Der vom Chef VBS, Bundesrat Schmid, ausgelöste Befehl, der scharfe Wachdienst sei zukünftig mit durchgeladener Waffe auszuüben, ist nach kurzer Zeit wieder relativiert worden. Die Kommandanten sollen nun von Fall zu Fall entscheiden, getreu dem Motto: Wir oben sind fein raus, sollen die da unten schauen.
- In der Südostschweiz vom 6. Juni 2007 hatte der damals designierte Armeechef Brigadier Nef gesagt: «Der Soldat soll seine Waffe sicher zu Hause lagern. Und ich bin klar der Ansicht, dass die Munition zur Waffe gehört.» Im Sonntagsblick vom 13. Januar 2008 sagt Korpskommandant Nef: «Wegen der traurigen

Zwischenfälle mit Armeewaffen ziehen wir jetzt die Taschenmunition ein – und das ist gut so. (...) Die Waffe muss nicht unbedingt zu Hause stehen.»

- Laut Berner Zeitung vom 14. Januar 2008 findet der Berner Nationalrat Rudolf Joder, dass bezüglich Armee etliches ungeklärt ist – allerdings hat das laut Joder nicht Schmid zu verantworten. «Allgemein wichtig sind Fragen nach Aufgabe, Sinn und Zweck der Armee in einer Zeit der geänderten Bedrohungslage nach dem Fall des Eisernen Vorhanges», sagt der Berner SVP-Präsident.

AUNS-Standpunkt: Dem Schweizer Volk ist der Auftrag der Armee klar. Da braucht es keine Vorstösse. Und wer für dieses Chaos verantwortlich ist, ist sogar glasklar. Herr Schmid: handeln Sie oder gehen Sie!

EU-FOKUS

DIREKTE DEMOKRATIE IN DER EU

«Bis heute gibt es in der Europäischen Union keine Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, auf direktem Weg Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die EU nimmt jedoch grossen Einfluss auf die Leben der Menschen in Europa. Fast alle politischen Bereiche werden direkt oder indirekt durch die Unionsgesetzgebung bestimmt oder beeinflusst. Das ist zum Beispiel durch die Einführung des Euro-Bargeldes sichtbar geworden. Aber es gibt nicht nur den Euro. Der Binnenmarkt, die Landwirtschaftssubventionen, die Deregulierung der Märkte, EUROPOL, die EU-Aussenpolitik und nicht zuletzt die energischen Versuche, eine Europäische Armee aufzustellen – all dies sind Themen, über die die Menschen direkt entscheiden können sollten. In der EU gibt es aber keine direktdemokratischen Beteiligungsformen. Es gibt nicht die Möglichkeit,

einen Volksentscheid zu einem Thema durchzuführen. (...) Die EU-Institutionen sind die Träger der Politik der EU. Ihr Charakter und ihre Offenheit bestimmen im Wesentlichen die Möglichkeiten einer demokratischen Kultur in Europa. Die jetzigen Institutionen sind über die Jahre allmählich in ihre heutige Form gewachsen und stellen eher nach momentanen Erfordernissen und politischen Lagen zusammengeflückte Gebilde dar, als nach demokratischen Prinzipien errichtete Institutionen einer demokratischen Gemeinschaft.»

[Auszug aus der Informationsbroschüre «Demokratie in der Europäischen Union – Kritik und Alternativen», herausgegeben vom überparteilichen Verein «Mehr Demokratie» mit Sitz in Berlin (www.mehrdemokratie.de).

STANDORT CH

SCHWEIZER HOCHTECHNOLOGIE BOOMT

Die Schweizer Exporte von Hochtechnologieprodukten verdoppelten sich innert 10 Jahren. Mit einem Anstieg auf 40 Mrd. Franken haben sich die Exporte von Hochtechnologieprodukten zwischen 1997 und 2006 mehr als

verdoppelt. Wachstumstreiber waren dabei die pharmazeutischen Erzeugnisse, die wissenschaftlichen Instrumente und nichtelektrische Maschinen. Der Überschuss in der Handelsbilanz mit Hochtechnologieprodukten belief sich 2006 auf über 10 Mrd. Franken.

[Eidg. Zollverwaltung, Medienmitteilung vom 11.12.2007]

HELVETIA

kämpft für eine unabhängige und neutrale Schweiz



SCHLUSSPUNKT

NUN ZAHLT SIE WIEDER ...

Unsere Aussenministerin bleibt sich treu: Wie schon 2004, als sie der EU in einer Nacht- und Nebelaktion eine Milliarde Franken (Ostmilliarde) versprach, um die Bilateralen II voranzutreiben, hat sie jetzt schon wieder Hunderte von Millionen versprochen. Damit der Schen-

gen-Anschluss rasch ratifiziert wird und die Personenfreizügigkeit so schnell als möglich auf Bulgarien und Rumänien ausgedehnt wird, hat sie mit einem Brief an die EU bereits neue Millionenzahlungen versprochen. [Quelle: swissinfo, 15.01.2008]

WERDEN AUCH SIE MITGLIED DER AUNS

Ich trete der AUNS bei als Mitglied Ehepaar Gönner(in) oder Sympathisant(in)
 Jahresbeiträge: Fr. 35.– Fr. 50.– Fr. 100.– nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, Postkonto 30-10011-5